

Rückblick auf die Amtszeit 2010/11 des studentischen Konvents der Universität Bamberg

Bei der konstituierenden Sitzung des studentischen Konvents noch vor Beginn der Legislaturperiode wurden am 23. Juli 2010 Jens Kußmann (LAF) zum Vorsitzenden und Andreas Schenker (GHG) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Am 21. Oktober 2010 fand sich der Konvent erstmals zu einer regulären Sitzung zusammen, um vor allem sein Selbstverständnis und Aufgaben für die Amtszeit zu definieren. Man kam nach längerer Diskussion überein, dass trotz der ungünstigen institutionellen Voraussetzungen versucht werden sollte, dem Gremium mehr Leben einzuhauchen, als dies in der vorherigen Amtszeit der Fall gewesen war. Vor allem politische Arbeit und eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit wurden als Ziele formuliert.

In derselben Sitzung wurden die studentischen Mitglieder des Universitäts-Frauenbeirats und des Steuerungskreises gegen Rechts formal gewählt und ein interner Ausschuss Stadtbeirat besetzt. Von Seiten der Stadt war klar gemacht worden, dass man letzteres Gremium nicht fest in den städtischen Institutionsstrukturen verankern wolle. Der Ausschuss würde jedoch, wenn er sich selbst an die entsprechenden Anlaufstellen wende, offene Ohren finden und etwa zu Sitzungen mit die Studierenden betreffenden Themen des Grundsatzsenats eingeladen werden.

Um eine produktivere Arbeit zu gewährleisten, kam man überein, häufiger als in der letzten Legislaturperiode Sitzungen abzuhalten und diese je nach Bedarf durch anstehende Themen zu vereinbaren.

Wie in der ersten Sitzung vereinbart, wurden ein interner Email-Verteiler, ein Facebook-Account und ein Blog eingerichtet sowie regelmäßig VC-Kurs und Homepage der Studierendenvertretung gepflegt. Über diese Kanäle wurden gemäß dem Ziel, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, alle Studierenden zu den hochschulöffentlichen Sitzungen eingeladen sowie Protokolle und Stellungnahmen veröffentlicht.

Aufgrund diverser Versäumnisse an anderer Stelle erfuhren die Vorsitzenden erst mit mehrwöchiger Verzögerung am 28. Oktober von ihrer Verantwortung, sich gegenüber dem Senat zur Neufestsetzung der Studiengebühren zu äußern. Innerhalb von drei Tagen wurde daraufhin in Zusammenarbeit mit dem stimmberechtigten studentischen Senatsvertreter eine Stellungnahme gegenüber dem Senat entworfen, die am 1. November eingereicht wurde.

In der Sitzung vom 8. November wurde über den letzten Hochschulwahlkampf diskutiert. Weil eine Hochschulgruppe am Wahltag geflyert hatte, kam es zum Beschluss, dass einerseits das bisherige ‚Gentlemens Agreement‘, keine Wahlwerbung am Wahltag zu betreiben, durch den stud. Konvent ausformuliert werden solle, um dadurch zukünftige Missverständnisse zu vermeiden. Man beschloss weiterhin, dass zu den nächsten Hochschulwahlen einheitliche Flyer für den Wahltag finanziert, erstellt und verteilt würden, die im Namen aller zur Wahl antretenden Listen zur Beteiligung an der Wahl aufrufen sollten.

Die bayerische Landesregierung hatte einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet, welcher den Universitäten bereits zugesagte Gelder kürzte. Die Überlegung, im noch in diesem Jahr zu beschließenden Doppelhaushalt 2011/12 trotz des anstehenden doppelten Abiturjahrgangs weitere Einsparungen vorzunehmen, war erst am Tag vor der Konventssitzung verworfen worden. Dennoch beschloss der Konvent eine Stellungnahme, welche die Kürzungen 2010 kritisierte und anmahnte, 2011/12 wie versprochen nicht zu sparen.

Am 10. November sprachen die Vorsitzenden beim Hearing des Senats zur Neufestsetzung der Studiengebühren vor. Zur Debatte standen die Beibehaltung des Satzes von 400, seine Erhöhung auf 500 oder seine Senkung auf 300 Euro. Gemäß dem Meinungsbild der Konventsmehrheit plädierten die Vorsitzenden in ihrem Redebeitrag für die Senkung auf den derzeit gesetzlich möglichen Minimalsatz von 300 Euro unter Betonung ihrer grundsätzlichen Ablehnung von Studiengebühren.

Da auf dem Hearing von Befürworter_innen einer Gebührenerhöhung der Eindruck verbreitet worden war, diese geschehe für und im Sinne der Studierenden, entschloss man sich in der nächsten Konventssitzung am 29. November, an diesem Hebel anzusetzen und durch eine Unterschriftenaktion den Senator_innen zu zeigen, dass die Studierenden mit dem Konvent eine Senkung auf das Minimalniveau befürworteten. Im Rahmen dieser groß angelegten Aktion konnten über zahlreiche Unterschriftenlisten und ein Online-Verfahren insgesamt 3870 Unterschriften gesammelt werden, die den Senatsvertreter_innen vor der entscheidenden Senatssitzung vorgelegt wurden. Für das Sammeln der Unterschriften im Zeitraum 6. – 20. Dezember 2010 erfuhr der stud. Konvent die Hilfe einzelner Hochschulgruppen, der Fachschaft GuK und mit Einschränkungen der Fachschaft HuWi. Ohne sie wäre eine derartige Aktion nicht in diesem Ausmaß möglich gewesen.

In derselben Sitzung wurde die Unterstützung eines Demoaufrufs („Bildung ist ein Menschenrecht“) beschlossen. Weiterhin einigte man sich, einen Brief bezüglich der fatalen Situation am Lehrstuhl Sozialpädagogik zu verfassen, deren Professur aufgrund gescheiterter Berufungsverhandlungen nun bereits zwei Jahre unbesetzt war. Auf das Schreiben, welches am 19. Dezember nach formaler Ausarbeitung an die Universitätsleitung und die Dekanin der Fakultät Humanwissenschaften versandt wurde, erfolgte keine Antwort.

Am 24. Januar beschloss der studentische Konvent als Reaktion auf die enttäuschende Neufestsetzung der Studiengebühren auf 450€ eine kritische Stellungnahme zur Senatsentscheidung, die wie üblich digital und als Flyer publiziert wurde.

Weiter berichtete der Ausschuss Stadtbeirat über sein bisheriges Vorgehen zu dessen dringlichstem Problem, der Wohnungsnot für Studierende. Infolge des großen Andrangs zum Wintersemester waren die Wohnungen in Bamberg knapp geworden, viele Studierende hatten hier keine oder erst spät eine Wohnung gefunden und die Mietpreise waren gestiegen. Neben dem Studentenwerk sollte auch die Stadt angeregt werden, für zusätzlichen Wohnraum zu sorgen. Zu diesem Zweck wurde ein Brief vorgestellt, den der Ausschuss Stadtbeirat gemeinsam mit dem Sozialreferat des Fachschaftenrates verfasst hatte. In diesem wurde die Situation geschildert und zu Schritten aufgerufen. Der Brief wurde diskutiert und im Anschluss an die Sitzung an alle Stadtratsfraktionen verschickt. Zudem wurde der Ausschuss Stadtbeirat zur Sitzung des städtischen Grundsatzsenats zum Thema Wohnungsnot im Februar eingeladen, wo zwei Vertreterinnen das Anliegen von erschwinglichem Wohnraum in der Stadt vertraten. Am 21. März fand zudem ein Gespräch von drei Vertretern des Konvents mit dem Geschäftsführer des Studentenwerks statt, in welchem dieser versuchte, Versäumnisse in der Wohnungsfrage zu erklären und Pläne für die Zukunft vorstellte

Anfang Februar versandten die Vorsitzenden ein Schreiben an die Kanzlerin, in dem (mit Zahlen der letzten Hochschulwahlen unterlegt) nochmals die Bitte um mehrtägige Wahlen formuliert wurde. Die Ablehnung des Anliegens aus verwaltungsökonomischen Gründen kam wenige Wochen später.

In der fünften Sitzung am 29. April 2011 wurden hauptsächlich Anträge zur Ausformulierung und Festlegung der verschiedenen Abstimmungsmodi sowie der Inhalt einer Stellungnahme zur Neuwahl des/der Universitätspräsident_in diskutiert und im Anschluss beschlossen. Die Stellungnahme kritisierte das Amt des/der Präsident_in grundsätzlich und sprach sich besonders wegen seines Verhaltens in der Frage der Studiengebühren gegen den einzigen Bewerber, Amtsinhaber Herr Ruppert, aus.

Zu seiner 6. Sitzung am 23. Mai wurden dem Konvent die Vorschläge des Finanzreferenten des Fachschaftenrates für den Haushalt der Studierendenvertretung 2011 vorgelegt. Angesichts seiner in dieser Legislaturperiode knappen Mittel und dem Wunsch, der Konvent möge sich zu einem handlungsfähigen Gremium entwickeln, stimmte die Mehrheit für einen Vorschlag, der 150 statt 100 Euro für den Konvent zur Verfügung stellte. Weiter wurde gewünscht, vor zukünftigen Haushaltsabstimmungen informiert zu werden, wofür die Mittel des letzten Haushaltsjahres ausgegeben worden waren.

In der Sitzung wurden zudem die konkrete Form der von langer Hand geplanten Wahltag-Flyer diskutiert und beschlossen, sowie ein Ausschuss zur Reform der Studierendenvertretungsstruktur gegründet. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, statt zweier Gremien (Fachschaftenrat und Konvent) an ihrer Spitze solle ein einziges Studierendenparlament geschaffen werden, welches beide bisherigen Gremien integriere. Den langwierigen Weg einer Reform grundsätzlich zu beschreiten, fand Zustimmung. Der Ausschuss sollte noch in dieser Legislaturperiode die Meinungen innerhalb der Studierendenvertretung sondieren und die rechtlichen Möglichkeiten einer Reform eruieren.

In einem außerplanmäßig öffentlichen Gespräch mit der Hochschulleitung am 25. Mai kritisierte der Präsident die Darstellung seiner Person der Stellungnahme des studentischen Konvents.

In der Sitzung vom 22. Juni gewährte die Zahl der anwesenden gewählten Mitglieder keine Beschlussfähigkeit. Das Zusammentreffen wurde zum informellen Austausch und zur Diskussion diverser Anliegen genutzt. Beispielsweise einigte man sich darauf, 1000 farbige Flyer für den Wahltag-Flyer in Auftrag geben zu wollen. Dies wurde in Form einer Email-Abstimmung kurz darauf offiziell beschlossen. Auf demselben Weg wurde abgestimmt, in einer Stellungnahme zum rechtsradikal motivierten Farbanschlag auf das „Balthasar“ als Unterzeichner_in aufzutreten.

Im Voraus der letzten regulären Sitzung fiel die Entscheidung, gemeinsam mit den neu gewählten Vertreter_innen der studentischen Gremien retrospektivisch die erneut zurückgegangene Wahlbeteiligung der Hochschulwahlen zu besprechen. Verschiedene Ursachen für die geringe Wahlbeteiligung und Maßnahmen, um diese zukünftig zu erhöhen (etwa eine Evaluation des Wahlverhaltens), wurden diskutiert und festgehalten, deren Umsetzung in erster Linie in Händen der zukünftigen Studierendenvertretung liegt.

In seiner anschließenden Sitzung war der stud. Konvent erneut nicht beschlussfähig. Der Abend wurde zum informellen Austausch genutzt.